Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/764

20.07.77

Sachgebiet 78

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 10. März 1976 zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen

A. Zielsetzung

Das Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen zeigt die Grundforderungen auf, die bei der Haltung bestimmter Tiere, insbesondere in neuzeitlichen Intensivhaltungssystemen, zum Schutz dieser Tiere gelten müssen. Detaillierte Einzelregelungen sollen von einem Ständigen Ausschuß erarbeitet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen am 23. Juli 1976 unterzeichnet. Damit das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland rechtsverbindlich wird, bedarf es nach seinem Artikel 14 der Ratifikation.

B. Lösung

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Außerdem wird die notwendige Rechtsgrundlage geschaffen, um die sich aus dem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen erfüllen zu können.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch das Gesetz nicht mit Kosten belastet.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (02221) 363551



Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (41) — 722 05 — Ti 29/77

Bonn, den 20. Juli 1977

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 10. März 1976 zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen mit Begründung.

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache, die deutsche Übersetzung sowie die Denkschrift zum Übereinkommen sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Der Bundesrat hat in seiner 448. Sitzung am 15. Juli 1977 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister des Innern
Dr. Maihofer



Anlage

Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 10. März 1976 zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 23. Juli 1976 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Europäischen Übereinkommen vom 10. März 1976 zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, Empfehlungen des Ständigen Ausschusses nach Artikel 9 Abs. 1 des Übereinkommens über die Anwendung der in Kapitel I des Übereinkommens niedergelegten Grundsätze durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates innerstaatlich durchzusetzen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen sieht vor, daß der nach Artikel 8 Abs. 1 einzusetzende Ständige Ausschuß Empfehlungen ausarbeitet und annimmt, die ausführliche Bestimmungen für die Anwendung der in Kapitel I niedergelegten Grundsätze enthalten (Artikel 9 Abs. 1). Empfehlungen, die nach dem im Übereinkommen festgelegten Verfahren für die Vertragsparteien wirksam werden, müssen gemäß Artikel 9 Abs. 3, falls sie angewendet werden sollen, von diesen in innerstaatliches Recht übernommen werden. Im Hinblick auf die dafür vorgesehene kurze Frist (Artikel 9 Abs. 3 Satz 1) ist es erforderlich und zur Entlastung des Parlaments auch zweckmäßig, für das innerstaatliche Durchsetzungsverfahren den Weg über Rechtsverordnungen zu wählen, die gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Der Verwirklichung dieses Zieles dient die in das Vertragsgesetz aufgenommene Verordnungsermächtigung.

Wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wie in Artikel 14 vorgesehen, dem Übereinkommen beigetreten ist, wird sie voraussichtlich die Empfehlungen des Ständigen Ausschusses zum Inhalt von Gemeinschaftsrecht machen. Auch die auf diese Weise zu erwartenden Rechtsetzungsakte der Gemeinschaft sollen durch Rechtsverordnung auf Grund des Artikels 2 in innerstaatliches Recht umgesetzt werden.

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen sowie die auf Grund des Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Europäisches Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen

European Convention for the Protection of Animals kept for Farming Purposes

Convention européenne sur la protection des animaux dans les élevages

The member States of the Council of Europe signatory hereto,

Considering that it is desirable to adopt common provisions for the protection of animals kept for farming purposes, particularly in modern intensive stock-farming systems,

Have agreed as follows:

Chapter I
General Principles

Article 1

This Convention shall apply to the keeping, care and housing of animals, and in particular to animals in modern intensive stock-farming systems. For the purposes of this Convention "animals" shall mean animals bred or kept for the production of food, wool, skin or fur or for other farming purposes, and "modern intensive stock-farming systems" shall mean systems which predominantly employ technical installations operated principally by means of automatic processes.

Article 2

Each Contracting Party shall give effect to the principles of animal welfare laid down in Articles 3 to 7 of this Convention.

Article 3

Animals shall be housed and provided with food, water and care in a manner which—having regard to their species and to their degree of development, adaptation and domestication—is appropriate to their physiological and ethological needs in accordance with established experience and scientific knowledge.

Les États membres du Conseil de l'Europe, signataires de la présente Convention,

Considérant qu'il est souhaitable d'adopter des dispositions communes pour protéger les animaux dans les élevages, en particulier dans les systèmes modernes d'élevage intensif,

Sont convenus de ce qui suit:

Titre I
Principes généraux

Article 1

La présente Convention s'applique à l'alimentation, aux soins et au logement des animaux, en particulier dans les systèmes modernes d'élevage intensif. Au sens de la présente Convention, on entend par «animaux» ceux qui sont élevés ou gardés pour la production de denrées alimentaires, de laine, de peaux, de fourrures ou à d'autres fins agricoles et par «systèmes modernes d'élevage intensif» ceux qui utilisent surtout des installations techniques exploitées principalement à l'aide de dispositifs automatiques.

Article 2

Chaque Partie Contractante donne effet aux principes de protection des animaux fixés dans la présente Convention aux articles 3 à 7.

Article 3

Tout animal doit bénéficier d'un logement, d'une alimentation et des soins qui — compte tenu de son espèce, de son degré de développement, d'adaptation et de domestication — sont appropriés à ses besoins physiologiques et éthologiques, conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques.

(Übersetzung)

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Übereinkommen unterzeichnen —

von der Erwägung geleitet, daß es wünschenswert ist, gemeinsame Bestimmungen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen, insbesondere in modernen Intensivhaltungssystemen, anzunehmen —

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I
Allgemeine Grundsätze

Artikel 1

Dieses Übereinkommen bezieht sich auf die Haltung, Pflege und Unterbringung von Tieren, insbesondere von Tieren in modernen Intensivhaltungssystemen. „Tiere" im Sinne dieses Übereinkommens sind Tiere, die zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, Wolle, Häuten oder Fellen oder zu anderen landwirtschaftlichen Zwecken gezüchtet oder gehalten werden, und „moderne Intensivhaltungssysteme" im Sinne dieses Übereinkommens sind Systeme, in denen überwiegend technische Einrichtungen verwendet werden, die vornehmlich automatisch betrieben werden.

Artikel 2

Jede Vertragspartei wendet die in den Artikeln 3 bis 7 niedergelegten Grundsätze des Tierschutzes an.

Artikel 3

Jedes Tier muß unter Berücksichtigung seiner Art und seiner Entwicklungs-, Anpassungs- und Domestikationsstufe entsprechend seinen physiologischen und ethologischen Bedürfnissen nach feststehenden Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen untergebracht, ernährt und gepflegt werden.

Article 4

1. The freedom of movement appropriate to an animal, having regard to its species and in accordance with established experience and scientific knowledge, shall not be restricted in such a manner as to cause it unnecessary suffering or injury.

2. Where an animal is continuously or regularly tethered or confined, it shall be given the space appropriate to its physiological and ethological needs in accordance with established experience and scientific knowledge.

Article 4

1. La liberté de mouvement propre à l'animal, compte tenu de son espèce et conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques, ne doit pas être entravée de manière à lui causer des souffrances ou des dommages inutiles.

2. Lorsqu'un animal est continuellement ou habituellement attaché, enchaîné ou maintenu, il doit lui être laissé un espace approprié à ses besoins physiologiques et éthologiques, conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques.

Artikel 4

(1) Das artgemäße und durch feststehende Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse belegte Bewegungsbedürfnis eines Tieres darf nicht so eingeschränkt werden, daß dem Tier vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.

(2) Ist ein Tier dauernd oder regelmäßig angebunden, angekettet oder eingesperrt, so ist ihm der seinen physiologischen und ethologischen Bedürfnissen gemäße und den feststehenden Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechende Raum zu gewähren.

Article 5

The lighting, temperature, humidity, air circulation, ventilation, and other environmental conditions such as gas concentration or noise intensity in the place in which an animal is housed, shall—having regard to its species and to its degree of development, adaptation and domestication—conform to its physiological and ethological needs in accordance with established experience and scientific knowledge.

Article 5

L'éclairage, la température, le degré d'humidité, la circulation d'air, l'aération du logement de l'animal et les autres conditions ambiantes telles que la concentration des gaz ou l'intensité du bruit, doivent — compte tenu de son espèce, de son degré de développement, d'adaptation et de domestication — être appropriés à ses besoins physiologiques et éthologiques, conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques.

Artikel 5

Beleuchtung, Temperatur, Feuchtigkeit, Luftzirkulation, Belüftung und andere Umweltbedingungen wie Gaskonzentration oder Lärmintensität am Unterbringungsplatz eines Tieres müssen — unter Berücksichtigung seiner Art und seiner Entwicklungs-, Anpassungs- und Domestikationsstufe — seinen physiologischen und ethologischen Bedürfnissen gemäß den feststehenden Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen.

Article 6

No animal shall be provided with food or liquid in a manner, nor shall such food or liquid contain any substance, which may cause unnecessary suffering or injury.

Article 6

Aucun animal ne doit être alimenté de telle sorte qu'il en résulte des souffrances ou des dommages inutiles et son alimentation ne doit pas contenir de substances qui puissent lui causer des souffrances ou des dommages inutiles.

Artikel 6

Ein Tier darf nicht so ernährt werden, daß ihm vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden, und die Nahrung darf keine Stoffe enthalten, die vermeidbare Leiden oder Schäden verursachen.

Article 7

1. The condition and state of health of animals shall be thoroughly inspected at intervals sufficient to avoid unnecessary suffering and in the case of animals kept in modern intensive stock-farming systems at least once a day.

2. The technical equipment used in modern intensive stock-farming systems shall be thoroughly inspected at least once a day, and any defect discovered shall be remedied with the least possible delay. When a defect cannot be remedied forthwith, all temporary measures necessary to safeguard the welfare of the animals shall be taken immediately.

Article 7

1. La condition et l'état de santé de l'animal doivent faire l'objet d'une inspection approfondie à des intervalles suffisants pour éviter des souffrances inutiles, soit au moins une fois par jour dans le cas d'animaux gardés dans des systèmes modernes d'élevage intensif.

2. Les installations techniques dans les systèmes modernes d'élevage intensif doivent faire l'objet, au moins une fois par jour, d'une inspection approfondie et tout défaut constaté doit être éliminé dans les délais les plus courts. Lorsqu'un défaut ne peut être éliminé sur le champ, toutes les mesures temporaires nécessaires pour préserver le bien-être des animaux doivent être prises immédiatement.

Artikel 7

(1) Befinden und Gesundheitszustand der Tiere sind in ausreichenden Zeitabständen gründlich zu prüfen, um ihnen vermeidbare Leiden zu ersparen, d. h. bei Tieren in modernen Intensivhaltungssystemen mindestens einmal täglich.

(2) Die technischen Einrichtungen moderner Intensivhaltungssysteme sind mindestens einmal täglich gründlich zu prüfen; jeder festgestellte Mangel ist möglichst unverzüglich zu beheben. Kann ein Mangel nicht sogleich behoben werden, so sind umgehend die zur Wahrung des Wohlbefindens der Tiere notwendigen vorläufigen Maßnahmen zu treffen.

Chapter II
Detailed Implementation

Article 8

1. A Standing Committee shall be set up within a year of the entry into force of this Convention.

Titre II
Dispositions détaillées pour la mise en œuvre

Article 8

1. Il est constitué, dans l'année qui suit la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, un Comité Permanent.

Kapitel II
Ausführliche Bestimmungen für die Durchführung

Artikel 8

(1) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird ein Ständiger Ausschuß eingesetzt.

2. Each Contracting Party shall have the right to appoint a representative to the Standing Committee. Any member State of the Council of Europe which is not a Contracting Party to the Convention shall have the right to be represented on the Committee by an observer.

3. The Secretary General of the Council of Europe shall convene the Standing Committee whenever he finds it necessary and in any case when a majority of the representatives of the Contracting Parties or the representative of the European Economic Community, being itself a Contracting Party, request its convocation.

4. A majority of representatives of the Contracting Parties shall constitute a quorum for holding a meeting of the Standing Committee.

5. The Standing Committee shall take its decision by a majority of the votes cast; however, unanimity of the votes cast shall be required for:

a) the adoption of the recommendations provided for in paragraph 1 of Article 9;
b) the decision to admit observers other than those referred to in paragraph 2 of this Article;
c) the adoption of the report referred to in Article 13; this report could set out, where appropriate, divergent opinions.

6. Subject to the provisions of this Convention, the Standing Committee shall draw up its own Rules of Procedure.

2. Toute Partie Contractante a le droit de désigner un représentant au Comité Permanent. Tout État membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas Partie Contractante à la Convention a le droit de se faire représenter au Comité par un observateur.

3. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe convoque le Comité Permanent chaque fois qu'il l'estime nécessaire et, en tout cas, si la majorité des représentants des Parties Contractantes ou le représentant de la Communauté Économique Européenne, elle-même Partie Contractante, en formulent la demande.

4. La majorité des représentants des Parties Contractantes constitue le quorum nécessaire pour tenir une réunion du Comité Permanent.

5. Le Comité Permanent prend ses décisions à la majorité des voix exprimées; toutefois, l'unanimité des voix exprimées est exigée pour:

a) l'adoption des recommandations visées au paragraphe 1 de l'article 9;
b) la décision d'admettre des observateurs autres que ceux visés au paragraphe 2 du présent article;
c) l'adoption du rapport visé à l'article 13, rapport qui, le cas échéant, fait état des opinions divergentes.

6. Sous réserve des dispositions de la présente Convention, le Comité Permanent établit son règlement intérieur.

(2) Jede Vertragspartei hat das Recht, einen Vertreter für diesen Ausschuß zu benennen. Jeder Mitgliedstaat des Europarats, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, hat das Recht, sich durch einen Beobachter im Ausschuß vertreten zu lassen.

(3) Der Generalsekretär des Europarats beruft den Ständigen Ausschuß ein, sobald er es für notwendig hält und immer dann, wenn die Mehrheit der Vertreter der Vertragsparteien oder der Vertreter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Vertragspartei die Einberufung beantragt.

(4) Der Ständige Ausschuß ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Vertreter der Vertragsparteien auf einer Sitzung anwesend ist.

(5) Der Ständige Ausschuß faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; dagegen ist Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen erforderlich für

a) die Annahme von Empfehlungen nach Artikel 9 Absatz 1;
b) Beschlüsse über die Zulassung von Beobachtern mit Ausnahme der in Absatz 2 genannten;
c) die Annahme des in Artikel 13 genannten Berichts; dieser Bericht kann gegebenenfalls abweichende Meinungen enthalten.

(6) Vorbehaltlich dieses Übereinkommens gibt sich der Ständige Ausschuß eine Geschäftsordnung.

Article 9

1. The Standing Committee shall be responsible for the elaboration and adoption of Recommendations to the Contracting Parties containing detailed provisions for the implementation of the principles set out in Chapter I of this Convention, to be based on scientific knowledge concerning the various species of animals.

2. For the purpose of carrying out its responsibilities under paragraph 1 of this Article, the Standing Committee shall follow developments in scientific research and new methods in animal husbandry.

3. Unless a longer period is decided upon by the Standing Committee, a Recommendation shall become effective as such six months after the date of its adoption by the Committee. As from the date when a Recommendation becomes effective each Contracting Party shall either implement it or inform the Standing Committee by notification to the Secretary General

Article 9

1. Le Comité Permanent est chargé d'élaborer et d'adopter des recommandations aux Parties Contractantes contenant des dispositions détaillées en vue de l'application des principes énoncés au Titre I de la présente Convention; ces dispositions doivent se fonder sur les connaissances scientifiques concernant les différentes espèces.

2. Aux fins de l'accomplissement de ses tâches telles que visées au paragraphe 1 du présent article, le Comité Permanent suit l'évolution de la recherche scientifique et des nouvelles méthodes en matière d'élevage.

3. Sauf si un délai plus long est fixé par le Comité Permanent, toute recommandation prend effet en tant que telle six mois après la date de son adoption par le Comité. A partir de la date à laquelle une recommandation prend effet, toute Partie Contractante doit, soit la mettre en œuvre, soit informer le Comité Permanent par notification adressée au Secré-

Artikel 9

(1) Dem Ständigen Ausschuß obliegen die Ausarbeitung und Annahme von Empfehlungen an die Vertragsparteien, die ins einzelne gehende Bestimmungen für die Anwendung der in Kapitel I niedergelegten Grundsätze enthalten; diese Bestimmungen müssen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse über die einzelnen Tierarten stützen.

(2) Zwecks Erfüllung seiner in Absatz 1 genannten Aufgaben verfolgt der Ständige Ausschuß die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung und neuer Tierhaltungsverfahren.

(3) Jede Empfehlung wird als solche sechs Monate nach ihrer Annahme durch den Ständigen Ausschuß wirksam, sofern dieser nicht eine längere Frist festsetzt. Nach dem Wirksamwerden einer Empfehlung muß jede Vertragspartei sie entweder anwenden oder dem Ständigen Ausschuß durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation

of the Council of Europe of the reasons why it has decided that it cannot implement the Recommendation or can no longer implement it.

4. If two or more Contracting Parties or the European Economic Community, being itself a Contracting Party, have given notice in accordance with paragraph 3 of this Article of their decision not to implement or no longer to implement a Recommendation, that Recommendation shall cease to have effect.

Article 10

The Standing Committee shall use its best endeavours to facilitate a friendly settlement of any difficulty which may arise between Contracting Parties concerning the implementation of this Convention.

Article 11

The Standing Committee may express an advisory opinion on any question concerning the protection of animals at the request of a Contracting Party.

Article 12

Each Contracting Party may appoint one or more bodies from which the Standing Committee may request information and advice to assist it in its work. Contracting Parties shall communicate to the Secretary General of the Council of Europe the names and addresses of such bodies.

Article 13

The Standing Committee shall submit to the Committee of Ministers of the Council of Europe, at the expiry of the third year after the entry into force of this Convention and of each further period of three years, a report on its work and on the functioning of the Convention, including if it deems it necessary proposals for amending the Convention.

Chapter III

Final Provisions

Article 14

1. This Convention shall be open to signature by the member States of the Council of Europe and by the European Economic Community. It shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. This Convention shall enter into force six months after the date of the deposit of the fourth instrument of

taire Général du Conseil de l'Europe des raisons pour lesquelles elle a décidé qu'elle n'est pas ou n'est plus en mesure de la mettre en œuvre.

4. Si deux ou plusieurs Parties Contractantes ou la Communauté Économique Européenne, elle-même Partie Contractante, ont notifié conformément au paragraphe 3 du présent article, leur décision de ne pas mettre ou de ne plus mettre en œuvre une recommandation, cette recommandation cesse d'avoir effet.

Article 10

Le Comité Permanent facilite autant que de besoin le règlement amiable de toute difficulté qui peut surgir entre Parties Contractantes concernant l'application de la présente Convention.

Article 11

Le Comité Permanent peut, à la demande d'une Partie Contractante, exprimer un avis consultatif sur toute question relative à la protection des animaux.

Article 12

En vue d'assister le Comité Permanent dans ses travaux, toute Partie Contractante peut désigner un ou plusieurs organes auxquels ce Comité peut demander des informations et des conseils. Les Parties Contractantes communiquent au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe le nom et l'adresse desdits organes.

Article 13

Le Comité Permanent soumet au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, à l'expiration de la troisième année après l'entrée en vigueur de la présente Convention et à l'expiration de chaque période ultérieure de trois ans, un rapport sur ses travaux et sur le fonctionnement de la Convention, en y incluant s'il l'estime nécessaire des propositions visant à amender la Convention.

Titre III

Dispositions finales

Article 14

1. La présente Convention est ouverte à la signature des États membres du Conseil de l'Europe ainsi qu'à celle de la Communauté Économique Européenne. Elle sera ratifiée, acceptée ou approuvée. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La présente Convention entrera en vigueur six mois après la date du dépôt du quatrième instrument de ra-

mitteilen, aus welchen Gründen sie nicht oder nicht mehr in der Lage ist, die Empfehlung anzuwenden.

(4) Haben zwei oder mehr Vertragsparteien oder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Vertragspartei nach Absatz 3 ihre Entscheidung notifiziert, eine Empfehlung nicht oder nicht mehr anzuwenden, so wird die Empfehlung unwirksam.

Artikel 10

Der Ständige Ausschuß erleichtert erforderlichenfalls die gütliche Beilegung von Schwierigkeiten, die sich zwischen den Vertragsparteien aus der Durchführung dieses Übereinkommens ergeben könnten.

Artikel 11

Der Ständige Ausschuß kann auf Ersuchen einer Vertragspartei ein Gutachten zu jeder Frage des Tierschutzes erstatten.

Artikel 12

Jede Vertragspartei kann einzelne oder mehrere Gremien benennen, die der Ständige Ausschuß zur Unterstützung seiner Arbeit um Auskünfte und Ratschläge ersuchen kann. Die Vertragsparteien teilen dem Generalsekretär des Europarats Namen und Anschrift dieser Gremien mit.

Artikel 13

Der Ständige Ausschuß unterbreitet dem Ministerkomitee des Europarats drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach alle drei Jahre einen Bericht über seine Tätigkeit und über die Wirkungsweise des Übereinkommens, wobei er, falls er es für erforderlich hält, Vorschläge zur Änderung des Übereinkommens beifügt.

Kapitel III

Schlußbestimmungen

Artikel 14

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Dieses Übereinkommen tritt sechs Monate nach Hinterlegung der vierten Ratifikations-, Annahme- oder

ratification, acceptance or approval by a member State of the Council of Europe.

3. In respect of a signatory Party ratifying, accepting or approving after the date referred to in paragraph 2 of this Article, the Convention shall enter into force six months after the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 15

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may, upon such terms and conditions as it deems appropriate, invite any non-member State to accede thereto.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect six months after the date of its deposit.

Article 16

1. Any Contracting Party may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any Contracting Party may, when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend this Convention to any other territory or territories specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn according to the procedure laid down in Article 17 of this Convention.

Article 17

1. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification.

Article 18

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member

tification, d'acceptation ou d'approbation d'un État membre du Conseil de l'Europe.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de toute Partie signataire qui la ratifiera, l'acceptera ou l'approuvera après la date visée au paragraphe 2 du présent article, six mois après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 15

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter, selon les modalités qu'il jugera opportunes, tout État non membre du Conseil à adhérer à la présente Convention.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet six mois après la date de son dépôt.

Article 16

1. Toute Partie Contractante peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Toute Partie Contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente Convention, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont elle assure les relations internationales ou pour lequel elle est habilitée à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, aux conditions prévues par l'article 17 de la présente Convention.

Article 17

1. Toute Partie Contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date de la réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 18

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux États membres

Genehmigungsurkunde durch einen Mitgliedstaat des Europarats in Kraft.

(3) Für jede Unterzeichnerpartei, die das Übereinkommen nach dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt es sechs Monate nach Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Artikel 15

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats zu den ihm geeignet erscheinenden Bedingungen jeden Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats; die Urkunde wird sechs Monate nach ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 16

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung dieses Übereinkommen auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, dessen internationale Beziehungen sie wahrnimmt oder für das sie Vereinbarungen treffen kann.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet nach Maßgabe des Artikels 17 zurückgenommen werden.

Artikel 17

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation für sich kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 18

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des

States of the Council and any Contracting Party not a Member of the Council of:

a) any signature;
b) any deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
c) any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 14 and 15 thereof;
d) any Recommendation of the kind referred to in paragraph 1 of Article 9 and the date on which it takes effect;
e) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 3 of Article 9;
f) any communication received in pursuance of the provisions of Article 12;
g) any declaration received in pursuance of the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 16;
h) any notification received in pursuance of the provisions of Article 17 and the date on which denunciation takes effect.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Strasbourg, this 10th day of March 1976, in English and in French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding Parties.

du Conseil et à toute Partie Contractante non membre du Conseil:

a) toute signature;
b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
c) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à ses articles 14 et 15;
d) toute recommandation visée au paragraphe 1 de l'article 9 et la date à laquelle elle prendra effet;
e) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 3 de l'article 9;
f) toute communication reçue en application des dispositions de l'article 12;
g) toute déclaration reçue en application des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 16;
h) toute notification reçue en application des dispositions de l'article 17 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Strasbourg, le 10 mars 1976, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacune des Parties signataires et adhérentes.

Rates und jeder Vertragspartei, die nicht Mitglied des Rates ist,

a) jede Unterzeichnung;
b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach seinen Artikeln 14 und 15;
d) jede Empfehlung nach Artikel 9 Absatz 1 und den Zeitpunkt, zu dem sie wirksam wird;
e) jede nach Artikel 9 Absatz 3 eingegangene Notifikation;
f) jede nach Artikel 12 eingegangene Mitteilung;
g) jede nach Artikel 16 Absätze 2 und 3 eingegangene Erklärung;
h) jede nach Artikel 17 eingegangene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 10. März 1976 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Unterzeichnerparteien und allen beitretenden Parteien beglaubigte Abschriften.

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeines

Auf Beschluß des Ministerkomitees des Europarates bei der 200. und 201. Sitzung [siehe CM/Del/Concl. (71) 200, Punkt XX, und CM/Del/Conl.(71) 201, Punkt XXIX] hat der Ausschuß „Tierschutz" der Regierungssachverständigen des Europarates als zweites Vorhaben das „Europäische Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen" erarbeitet. Das Übereinkommen wurde am 10. März 1976 zur Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten des Europarates und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgelegt. Es ist inzwischen von Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Luxemburg, Schweden, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich, Zypern und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden. 6 Monate nach Hinterlegung der vierten Ratifikations- oder Annahmeurkunde tritt das Übereinkommen völkerrechtlich in Kraft. Als erster Staat hat Zypern dieses Übereinkommen am 15. April 1977 ratifiziert.

Gemäß Ersuchen des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung vom 2. Juli 1969 (Niederschrift über die Sitzung des Deutschen Bundestages S. 13708) sowie des Bundesrates vom 9. Juli 1971 (Drucksache 278/71 [Beschluß] S. 10), internationale und innergemeinschaftliche Anstrengungen zur Schaffung von Tierschutz-Übereinkommen nach Kräften zu unterstützen und angesichts der Tatsache, daß die Regierungssachverständigen des Ausschusses „Tierschutz" des Europarates bei diesem Übereinkommen weitgehend den Vorstellungen und Leitlinien des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Tierschutzgesetzes gefolgt sind, ist es ein besonderes Anliegen der Bundesrepublik Deutschland, das Übereinkommen alsbald zu ratifizieren.

Das Übereinkommen regelt grundsätzlich die tierschutzgerechte Haltung, Pflege und Unterbringung von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen, insbesondere hinsichtlich der sogenannten Massentierhaltung. Einer ausschließlich nationalen Fortentwicklung des Tierschutzrechtes für den Bereich „Massentierhaltung" stehen nahezu unüberwindliche Probleme der Wettbewerbsverzerrung im Weg. So kommt diesem Übereinkommen, das hier einheitliche tierschutzrechtliche Maßstäbe setzt, ein ungewöhnlich hohes Maß an Bedeutung zu. Das Übereinkommen sieht binnen eines Jahres nach Inkrafttreten die Bildung eines Ständigen Ausschusses vor, dem die Erarbeitung und einstimmige Annahme der Einzelregelungen für die betreffenden Tierhaltungen obliegt. Diese Empfehlungen müssen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen. Dieses Verfahren ermöglicht eine einheitliche Berücksichtigung politisch-ökonomischer Zusammenhänge bei der Ausrichtung tierschutzrechtlicher Vorschriften betreffend sogenannte Massentierhaltungen in den Mitgliedstaaten des Europarates.

Die erstmalig in einem Europäischen Tierschutz-Übereinkommen vorgesehene Möglichkeit des Beitritts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft öffnet die unmittelbare Übernahme solcher Empfehlungen in innergemeinschaftliches Recht; dies entspricht auch der Forderung nach Harmonisierung tierschutzrechtlicher Vorschriften innerhalb der Gemeinschaft, soweit sich diese auf die Haltung von Tieren in neuzeitlichen Tierhaltungssystemen beziehen. Die Bundesregierung hatte eine solche Forderung beim Rat der Europäischen Gemeinschaften bereits im Juli 1975 in Form eines Memorandums vorgelegt.

II. Besonderes

In Kapitel I sind allgemeine Grundsätze, die bei der Haltung, Pflege und Unterbringung von Tieren zu beachten sind, aufgestellt. Dabei werden die Begriffe „Tiere" und „moderne Intensivhaltungssysteme" definiert.

Fachlicher Kern des Übereinkommens sind die Artikel 3 bis 7, in denen der dem artgemäßen Bewegungsbedürfnis entsprechende Raum sowie die einer verhaltensgerechten Unterbringung gerecht werdenden Stall- und Klimaverhältnisse sowie die Überwachung durch den Tierhalter im Grundsatz geregelt sind.

Kapitel II regelt die Einsetzung eines Ständigen Ausschusses, der detaillierte Tierschutzmindestforderungen in Form von Empfehlungen für die einzelnen Tierarten ausarbeiten soll, und dessen Verfahrensweisen.

Kapitel III enthält die Schlußbestimmungen über Unterzeichnung, Ratifizierung, Beitritt, Geltungsdauer, Kündigungsmöglichkeiten sowie Mitteilungspflicht des Generalsekretärs des Europarates.

Nach Artikel 14 Abs. 1 liegt das Übereinkommen auch für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung auf. Das innergemeinschaftliche Verfahren zum Beitritt der Gemeinschaft ist bereits eingeleitet. Die Empfehlungen nach Artikel 9 des Übereinkommens werden daher auch im Wege der Harmonisierung als innergemeinschaftliches Recht verbindlich werden.

Bn 712116 7.77